

# Arbeiterblatt

DER  
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 21

Juli 1951

## Der 5. Lohnraubpakt

### I. Dreifacher Lohnraub!

Erster Raub: Für 1 kg Brot wurde der Preis von 2,4 auf 3,6 S gesteigert. Auch die Preise für andere wichtige Bedürfnisse (Semmeln, Kochmehl, Milch, Zucker, Margarine, Rindfleisch) wurden bedeutend erhöht. Brot, das allerwichtigste Nahrungsmittel der Massen wurde um 33% verteuert!

Die Löhne und Gehälter aber wurden durchschnittlich nur um 10% erhöht.

Ein Raub von mindestens 15-20% am Reallohn wurde in Gang gesetzt. Die proletarischen Hausfrauen werden den Beweis an ihrem Geldbeutel, die Arbeiter, Angestellten samt ihren Familien werden ihn in ihren Mägen zu spüren bekommen.

Zweiter Raub: Alle anderen Preise wurden nicht gebunden. Aber sie werden steigen. Gemüse, Obst, alle Gebrauchsartikel werden empfindlich teurer werden. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Die Arbeiter, Angestellten werden gründlich ausgesackelt werden.

Dritter Raub: Der 5. Lohnraubpakt bringt dem kapitalistischen Staat den Abgang von 3,65 Milliarden Schilling. Er wird das durch Steigerung der Warenumsatzsteuer, Mineralölsteuer usw decken, das heisst: in der Hauptsache auf Kosten der Massen...

Es ist ein wahrer Plünderungszug, den die Ausbeuterklasse gegen die Massen vortreibt. Und dies, obwohl in den letzten Monaten die Preise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt bedeutend gesunken sind.

"Da die durchschnittliche 10%ige Erhöhung des Einkommens dessen Realwert nicht im entferntesten erhält und da der Vertreter des Industriellenverbandes soeben erklärte, dass es sich hier um ein Lohnabkommen, nicht aber um ein Preisabkommen handle, da die meisten Preise frei sind, ist die Stimmung der Lohnempfänger entsprechend gedrückt."

"Dass dieser 5. Lohnpakt eine erhebliche Senkung der Realeinkommen mit sich bringen wird, wird von allen Kreisen zugegeben. Nur die Presse der Koalitionsparteien bemüht sich, den Eindruck zu erwecken, dass alle Preiserhöhungen durch Lohnerhöhungen abgegolten würden. Die offensichtliche Unwahrheit dieser Propagandabehauptung"...so berichtet der "Tagesanzeiger" vom 23. Juli, ein linksbürgerliches Blatt der Schweiz.

### II. Die Räuber und ihre Helfer Die Ausbeuterklasse - das ist der Räuber.

Wer sind ihre Helfer? Die Schwindelsozialisten samt ihrer AZ und die Gewerkschaftsbürokratie, die Böhm & Co.

Sie operieren gemeinsam mit verteilten Rollen mittels einer kombinierten Raub- und Schwindeltaktik.

Die kapitalistischen Räuber wollen ihre Profite um 20% steigern. So treiben sie die Teuerungsoffensive vor, die scheinbar auf 30%igen Lohnraub ausgeht.

Flugs springen die Gewerkschaftsbürokraten vor, hinter sich die Partei des Schwindelsozialismus samt ihrer AZ, um den kapitalistischen Räubern zu helfen

Aber küsserlich tun sie so, als ob sie den Arbeitern zu Hilfe sprängen.

Die Profithelfer "erkämpfen" eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 10%, den Profitmachern bleibt der 20%ige Lohnraub zur Verbesserung ihres Profits.

Damit die Massen das Betrugsmanöver nicht durchschauen, bedienen sich die Profithelfer einer Vernebelungstaktik.

### III. Die Vernebelungstaktik der Profithelfer

Ununterbrochen brüllen sie:

Wir haben den vollen Entgelt erkämpft! Den Arbeitern, Angestellten wird das, was sie durch die Preiserhöhungen verlieren, ersetzt werden.

Damit die Arbeiter, Angestellten den Schwindel schwerer erkennen, verschmieren ihnen die Profitknechte die Augen: Die Lohnerhöhung bleibt steuerfrei! Verbesserungen für die Rentner! usw., usw. Diese Dinge sind gewiss nicht zu verachten, aber sie sind eine Kleinigkeit gegenüber dem ungeheuren Lohnraub, eine weisse Salbe zum Verschmieren der Augen. Wenn Dir einer 30% Deines Lohnes aus der Tasche zieht und durch seinen Spiessgesellen Dir 10% in die andre Tasche stecken lässt und, um Dich ganz einzulullen, noch ein paar blanke Groschen dazuklumpert, so hat er Dich gegen den Räuber nicht geschützt, sondern alles getan, um Dich davon abzuhalten, Dich gegen den Raub zu wehren.

Schliesslich kommt die schwindelsozialistische AZ und rechnet Dir vor: 1947 hattet Ihr 1550, 1948 bereits 2100 Kalorien und heute sind es noch bedeutend mehr. Schön. Aber diese orzgaunerische Rechnung verschweigt das Allerwichtigste. Sie schweigt bewusst über die Kalorien der Bourgeoisie!

1945 haben sich die Ausbeuter im Schleich und in den Nobelspeulunken sehr gut versorgt, sie hatten die Mittel dazu. Und heute lebt die Kapitalistenklasse in Saus und Braus, es geht ihr glänzend und immer besser!!!!

Die Lage der Arbeiterklasse aber hat sich seit 1945 nicht nur nicht verbessert, sondern verschlechtert sich immer mehr - wenn man sie nämlich richtig misst, das heisst misst an der Lage der Bourgeoisie!!!

Ihren Aufstieg auf Kosten der Massen dankt die Bourgeoisie wem? Und wem danken es die Arbeiter, Angestellten, dass sie im Verhältnis zur Lage der Kapitalistenklasse immer tiefer sinken? Nun, sie danken es den gekauften Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, der SP und der Gewerkschaftsbürokratie, diesen Profitknechten!

### IV. Die Losung der Urabstimmung

An sich ist diese Losung sehr gut. Aber im Munde der Stalinbürokratie wird sie zum Köder. Sie benutzen sie, um die Massen in die Richtung zur "Volksdemokratie" zu verführen.

Ein Herrschaftssystem, in dem auch die Arbeiter nichts zu reden haben, in dem ihnen jedes Recht genommen ist, Staat und Wirtschaft, Partei, Gewerkschaft wirksam zu kontrollieren nach ihren eigenen Interessen, dieses stalinbürokratische Gaunersystem, das ist die "Volksdemokratie"....

Die KP steuert auf die "Volksdemokratie", das ist gewiss, aber sie hütet sich, ihr Gesicht offen zu zeigen. So verschwieg sie auch in ihrer Kampagne für die "Urabstimmung" ihr "volksdemokratisches" Hauptziel. Sie will die Arbeiter durch List auf ihre Angel bekommen, um sie dann desto gründlicher hereinzulegen, betrügen, vergewaltigen zu können. Aber die österreichischen Arbeiter riechen den Braten und lassen sich durch die Stalinbürokratie nicht einfangen, auch wenn sie ihr wahres Gesicht noch so raffiniert verhüllt.

Im Munde der Stalinbürokratie wirkt die Losung der Urabstimmung zersetzend.

### V. Für die gewerkschaftliche Urabstimmung

Das ist die Losung der proletarischen Demokraten. Sie sagen den Ar-

beitern schon jetzt:

Weitere kapitalistische Rauboffensiven werden folgen. Ihr müsst verhindern, dass die Gewerkschaftsbürokraten wiederum die Gewerkschaften als Instrument zu Gunsten "unserer (kapitalistischen!) Wirtschaft" das ist zu Gunsten der Profitmacher zur Verfügung stellen.

Darum müsst Ihr jetzt schon Euch untereinander vorbereiten, in jeder Gewerkschaft die Generalversammlung der Mitglieder zu erzwingen. Die Entscheidung über Lohnpakete muss den Gewerkschaftsmitgliedern vorbehalten sein, während darüber bisher immer die Bürokraten ohne die Mitglieder - gegen die Mitglieder entschieden haben. In solchen Gewerkschaftsfragen kann die Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder nicht ersetzt werden durch einen Beschluss der Konferenz der Betriebsräte der schwindelsozialistischen Partei.

Die Bürokratie wird alle Hebel in Bewegung setzen, um diese Generalversammlung immer wieder zu verhindern, oder um durch alle möglichen Tricks eine Beschlussfassung zu Gunsten der Profitmacher zu erschwindeln.

So wird sie sich vor Euch entlarven. Das wird Euch anfeuern, endlich das zu erkämpfen, zu erzwingen, was Ihr schon längst hätten tun müssen: die Gewerkschaften demokratisch zu reformieren!

Die Herrschaftsstellung der Bürokratie in den Gewerkschaften muss beseitigt werden. Sie dürfen nicht deren Herren sein, sondern dürfen nur sachverständige Organe der Gewerkschaften sein.

So werdet Ihr die Gewerkschaften wieder in Kampforganisationen für den Reallohn usw der Arbeiter rückverwandeln. Sie müssen aufhören, Hilfsinstrumente zu sein des kapitalistischen Staates, der Kapitalistenklasse.

Darum Schluss mit der Koalition der Gewerkschaften mit der Ausbeuterklasse! Die Koalition mit der Ausbeuterklasse macht die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer.

In den beschliessenden Versammlungen der Gewerkschaften dürfen Ge-

werkschaftsangestellte nur beratendes Recht haben.

Die Exekutiven aller Grade dürfen höchstens zu einem Drittel aus Gewerkschaftsangestellten, müssen mindestens zu zwei Dritteln aus Arbeitern bestehen. Das sind die ersten Reformen, die erkämpft werden müssen.

Indem die Arbeiter so für die gewerkschaftliche Urabstimmung kämpfen, machen sie in Wahrheit auch schon die ersten Schritte im unumgänglich notwendigen Kampf für die proletarische Demokratie. Für die wirksame Kontrolle jeder Arbeiterorganisation durch die Arbeiter - für die wirksame Kontrolle von Staat und Wirtschaft durch die Arbeiter, Angestellten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse.

#### VI. Für die proletarischdemokratische Arbeiterpartei!

Die Erfahrung mit dem 5. Lohnraubpakt beweist den Arbeitern besonders deutlich, dass sie keine Partei haben, die konsequent die Interessen der Arbeiter vertritt.

Die SP ist die Partei der Koalition mit dem Klassenfeind der Arbeiter. Sie ist die Partei des Schwindelsozialismus, die in jedem Kampf, den die Ausbeuter gegen die Arbeiter führen auf der Seite der Kapitalistenklasse steht, gegen die Interessen der Arbeiterklasse! Das ist der Hauptinhalt, der Hauptzweck der Koalition. Sie verhindert, lähmt, bremst, würgt ab Euren Abwehrkampf. Sie arbeitet als Judaspartei gegen die Arbeiterklasse! Nur durch ihre Hilfe vormag sich die österreichische Bourgeoisie auf Eure Kosten immer höher zu heben. Sie steigt empor - ihr sinkt im Vergleich dazu immer tiefer! Durch die Schuld der Parteikoalition, Gewerkschaftskoalition! Durch die Schuld der entarteten Gewerkschaftsbürokratie!

Darum Bruch mit der SP und proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften!

Aber Bruch auch mit der antiproletarischen, antisozialistischen, "volksdemokratischen" KP! Darum Aufbau der Partei des Kampfes für die proletarische Demokratie, der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

## Waffenstillstandsverhandlungen in Korea

Im Herbst soll der Friedensvertrag mit Japan geschlossen werden - zusammen mit der SU, falls sie die Bedingungen dieses Friedens schluckt, ohne die SU, falls sie das nicht will. Die Friedensbedingungen sehen die Aufrüstung Japans vor, die Aufstellung eines, den USA-Imperialisten zur Verfügung stehenden japanischen Massenheeres. Der Friedensvertrag wird faktisch ein Kriegsbündnis sein der USA-Imperialisten mit der japanischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten in China, Südostasien, Südasiens.

Einen solchen "Friedensvertrag" entweder zu verhindern oder der in Vorbereitung begriffenen amerikanisch-japanischen Invasion den Brückenkopf zum Aufmarsch gegen Mandschurei, China, Sibirien zu nehmen; dazu führt das Stalinregime den Krieg in Korea mittels der nordkoreanischen und chinesischen Armeen.

Die Erfahrung des einjährigen Krieges hat bewiesen, dass der Kreml weder einen ohne die SU, ja gegen die SU zu schliessenden Friedensvertrag mit Japan zu verhindern vermag, noch imstande ist, die amerikanischen Kriegstreiber um den ihnen notwendigen koreanischen Brückenkopf zu bringen.

Richtiger: der Kreml könnte das erreichen, doch nur durch höheren Einsatz militärischer Kraft, was zweifellos den Krieg auf grösster Stufenleiter im Weltmassstab zur Folge hätte. Dazu aber fühlt sich das Stalinregime noch nicht gewachsen. Allzu grosse Verluste hat die SU durch das Verschulden der antirevolutionären Stalinbürokratie erlitten, diese Wunden sind noch nicht ganz geheilt.

Der Krieg in Korea hat also für die Stalinbürokratie Sinn und Zweck verloren, darum das Waffenstillstandsangebot.

Die Massen, auch die amerikanischen, wollen vom Krieg in Korea, vom imperialistischen Krieg überhaupt nichts wissen. Die USA-Bourgeoisie aber weiss sehr wohl, dass sie gegenwärtig als einzigen kapitalistischen "Ausweg" aus der Systemkrise der Profitwirtschaft nur den imperialistischen Krieg hat. Sie ist sich bewusst, dass sie dazu der Stütze, zumindest aber der Duldung der Massen, insbesondere der amerikanischen bedarf. Um die Massen dazu zu verführen, muss sie ihnen als "Vorkämpfer des Friedens" erscheinen. Deshalb sind die amerikanischen Imperialisten trotz der ihnen günstigen militärischen Lage in Korea auf das Angebot des Waffenstillstands eingegangen.

Das imperialistische England ist aus ökonomischen, zusammen mit Australien und Neuseeland auch aus militärischen Gründen gegen gewisse, im japanischen Friedensvertrag vorgesehene Bestimmungen.

Aus diesen Gründen wird es möglicherweise, ja wahrscheinlicherweise zu einem Waffenstillstand, ja vielleicht zu einem Kompromiss in der Koreafrage kommen: die USA werden einen für sie genügend grossen Brückenkopf behalten, - die Stalinbürokratie wird ihren "Kampf für den Frieden" verstärkt fortsetzen können.

An der Weltlage in ihrer Gesamtheit ändert das nichts.

Kein koreanischer Waffenstillstand, kein Kompromiss in Korea beseitigt die Grundursache, welche die Imperialisten unvermeidlich in den Kampf treibt, um die Entscheidung des noch nicht beendigten zweiten imperialistischen Weltkriegs.

Die amerikanische Kapitalistenklasse vermag ihre Profit wirtschaft mit den ihr zur Verfügung stehenden Absatz- und Anlagemärkten

nicht lange mehr mit Profit weiter zu führen. Sie muss die SU, China usw ihrer kapitalistischen Kontrolle unterordnen, ihrer Ausbeutungswirtschaft einordnen und sich die für ihren Profit nötige politische Sicherheit schaffen. Das geht nur durch imperialistischen Krieg! Dazu rüstet sie. Dazu arbeitet sie jetzt mit aller Macht am Entfachen der kapitalistischen Gegenrevolution in der SU, im ganzen Sowjetgebiet.

Die Liquidation des koreanischen Konfliktes ist nur eine Episode.

Der zweite imperialistische Weltkrieg geht weiter. Seine entscheidende Schlussphase ist nicht unterbrochen, sondern nur in einem Zipfel der Weltarena, in Korea, vorübergehend gedämpft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

### Sie lassen die Maske fallen.

So offen wie bei der am 12.7.51 anlässlich der Gewerkschaftskonferenz im Konzerthaus in Wien, hat die Gewerkschaftsbürokratie noch nie das scheinbar bestehende Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder und deren Bevollmächtigte missachtet. Hören wir, was ein Augenzeuge, selbst Funktionär in der SP-Fraktion der Gemeindeangestellten, darüber berichtet:

"Der Saal war zu Beginn der Tagung überfüllt. Die Stimmung der Versammelten sehr gereizt, da sie nichts Gutes ahnten. Hatte doch die Presse schon die Tage vorher versucht, eine günstige Stimmung für den 5. Lohn- und Preisakt zu schaffen, über den die heute hier Versammelten abstimmen sollten. Gleichzeitig wussten sie doch, sie, die kleinen Betriebsvertrauensleute, dass die Stimmung eindeutig gegen den beabsichtigten Akt stand. Nach dem schlechten Referat des Präsidenten Böhm klappte die Regie vorzüglich und es kamen nur geachtete Redner an die Reihe, die über alles mögliche, aber sehr wenig über das Lohn- und Preisabkommen sprachen. Dies erregte schon den Unwillen der Versammelten, da sie darin die alte Taktik der Bürokratie des Ermüdens der

Versammelten, erkannten. Durch einen Regiefehler kam unvorhergesehen ein Redner zu Wort, der sich gegen den Akt aussprach, der auch gegen die immer wieder geübte Taktik, die Massen totzureden, auftrat. Wieder traten "ja"sager auf die Bühne. Lobten das Abkommen über den grünen Klee, bis als 11. Redner ein Genosse aus Niederösterreich an die Reihe kam, der gleich zu Beginn dem Vorsitzenden, es war dies "Staatssekretär" Mantlery den Vorwurf machte, dass sich bei den Eintragungen in die Rednerliste unglaubliche Dinge ergeben haben müssen, da sich eben dieser Genosse gleich zu Beginn der Tagung als 1. in die leere Rednerliste eingetragen habe, mit der Absicht, die Versammlung im Namen der niederösterreichischen Arbeiter zu begrüßen. Es sei seiner Meinung nach äußerst undemokratisch vorgegangen worden und es sei eine Schande für die Tagung. Um die Wogen zu glätten, die Versammlung war merklich unruhig geworden, marschierten wieder die "Geächteten" auf. Dem Fass den Boden schlug der Antrag "Schluss der Debatte" aus. Massenhaft verliessen die Versammelten die Tagung, so dass wir es nun verstehen können, wieso es bei der nachher folgenden Abstimmung, bei der auch unser Augenzeuge nicht mehr anwesend war, nur mehr 3 Gegenstimmen gab. Eine Lüge der AZ vom 13.7.51 ist es allerdings, wenn sie von 2000 Stimmen für den Akt spricht. Diese Zahl stimmte zu Beginn der Tagung. Nicht, als ein erheblicher Teil der Versammelten aus Kleinmut die Tagung verlassen hatten."

All dies, die Flucht der Ent-rüsteten und Erbitterten, sowie die lauten Proteste der Versammelten, werden in der AZ verschwiegen. Wir müssen aber daraus lernen. Nicht feiges Verlassen einer Versammlung, sondern nur Kampf gegen diese schändlichen Methoden der Gewerkschaftsbürokratie können eine Wiederholung solch einer Rechtsbeugung verhindern.

Unsere Losung muss daher sein:

"Schaffung von proletarischdemokratischen Betriebskomitees" um den Kampf gegen die aufgezeigten Bürokratenmethoden erfolgreicher führen zu können.

XXXXXXXXXXXX

### Böhm als Chef I

Die Sozialversicherungsangestellten stellten im Juni Lohnforderungen in der Höhe von 15 % an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger, der schliesslich 11% bewilligte, ab 1. Juli sollte die Auszahlung erfolgen. Die Überraschung war daher gross, als einige Zeit später ein Schreiben, gez. vom Gen. Böhm, dem

Präsidenten des Hauptverbandes erschien, dass sich über diese Vereinbarung glatt hinwegsetzte. Eine sofort einberufene Vertrauensmännerbesprechung entsandte daraufhin eine Deputation zum Gen. Böhm, der erklärte, er wäre zur Zeit des Abschlusses nicht in Wien gewesen und könne seine Zustimmung nicht geben. "Genosse" Böhm sagte wörtlich: "Wenn ich in Wien gewesen wäre, hättet Ihr die 11% nicht bekommen!" Er erklärte sich endlich bereit, die Sache mit seinem ÖVP-Kollegen zu besprechen und erst nach einer zweiten Vorsprache der Deputation, die ihm den Ernst der Lage vor Augen hielt, in der Provinz würde bereits gestreikt, erklärte sich "Genosse" Böhm bereit, die Forderung anzunehmen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

### Die Wiener Gemeindebauten

Die Gemeinde Wien baut Häuser, Wohnungen, gute, billige Wohnungen. Das ist ein verdienstvolles Werk der SP, die die Wiener Gemeindepolitik leitet. Wir anerkennen, unterstützen das.

Das beweise, behauptet die SP, dass ihre Politik der Arbeiterschaft diene. Stimmt das?

Die Löhne hinken den Preisen nach, bleiben immer wieder dahinter zurück. Die Ausbeuter profitieren gewaltig an dem Aufbau, der mit Hilfe der SP - auf Kosten der Massen! - von statton geht. Den Kapitalisten geht es immer besser, den Arbeitern immer schlechter. So steht es wirtschaftlich.

Und wie steht es politisch? VDU, Jungfront, alle möglichen Faschisten beginnen wieder aufzutreten. Die SP stärkt die Kapitalistenklasse, schwächt die Arbeiterklasse.

Die Bourgeoisie hat die Koalition mit der SP geschlossen, weil und solange diese die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Massen immer wieder den Profitinteressen opfert. Gerade das tut die SP, das ist die Gesamtauswirkung ihrer Gesamtpolitik. Die Wiener Gemeindebauten ändern das nicht, aber sie beschönigen es und erleichtern es der SP, sich als Profithilfspartei weiterhin zu betätigen.

Arbeiter! Urteile nicht nach einem Teilvorteil, sondern prüfe immer wieder die Gesamtlage Deiner Klasse! Dann erkennst Du deutlich, dass SP, Gewerkschaftsbürokratie gegen Deine Interessen wirken, gegen die Interessen der Massen. Das tut auch die Krempartei: denn auch sie geht aus auf Koalition - mit dem "patriotischen" Teil der Ausbeuter!...

Gegen jede Koalition! Gegen jede nationalistische, auch die russisch-nationalistische Politik! Für den konsequenten proletarischen Klassenkampf auf der Linie der den Arbeitern aller Länder dauernd gemeinsamen Interessen! Ebendarum: für den Aufbau der proletarischen Klassenpartei, der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, die mit wesenlich höheren Garantien ausgestattet sein muss gegen die Gefahr des Entartens, Verbürokratisierens!